

Ungesüht und unbereut

Zum 90. Jahrestag des Meuchelmordes an Liebknecht und Luxemburg



Foto: Archiv

Das stille Gedenken an Rosa und Karl wird traditionell von den LINKEN begangen

Anfang Januar 1919 erlebte Berlin unruhige Tage. Polizeipräsident Emil Eichhorn, ein linker USPD-Politiker, war abgesetzt worden. Die bewaffneten Volksmassen mussten das als Provokation empfinden. Der Aufstand wurde militärisch blutig niedergeschlagen. Für einige Tage schien Ruhe eingekehrt. Trügerische Ruhe. Am Abend des 15. Januars wurden zwei führende Köpfe der eben gegründeten KPD – Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – brutal ermordet. Ihre Mörder: Staboffiziere der Garde-Kavallerie-Schützen-Division.

Der seinerzeitige Stabschef und eigentliche Führer der genannten Division Hauptmann Waldemar Pabst rühmte sich im April 1962 – im Schutze der Verjährungsfrist – in einem »Spiegel«-Interview offen dieses politischen Verbrechens. Bereits im Januar 1962 hatte er sich im dem Blatt »Das deutsche Wort«, das u.a. vom Bundesverteidigungsministerium, vom Gesamtdeutschen Ministerium und vom Bundespresseamt subventioniert wurde, als

Initiator und Organisator des Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vorgestellt. Diese Aussage veranlasste das Bundespresseamt in einem Bulletin vier Wochen später, die Ermordung der beiden Revolutionäre als »standrechtliche Erschießungen« auszugeben. Mit dieser wahrheitswidrigen Darstellung aus der Zeit des Kalten Krieges erreichte ein Vertuschungs- und Justizskandal einen späten Höhepunkt, der bereits in der Mordnacht damit begonnen hatte, dass bewusst falsche amtliche Informationen herausgegeben und unter den irreführenden Presseschlagzeilen »Liebknecht auf der Flucht erschossen! Rosa Luxemburg von der Menge getötet!« in die Öffentlichkeit getragen wurden. Es folgte in den kommenden Monaten vor dem Feldkriegsgericht eben jener Division, der die Mörder angehörten, eine Justizposse. Die wirklichen Schuldigen wurden letztendlich entweder nicht belangt oder mit lächerlich geringen Strafen belegt.

Die sich steigernde Mordhetze begann Anfang Dezember 1918 mit dem in mehreren Hunderttausenden verteilten Exemplaren

»Die Frontsoldaten« gezeichneten Flugblatt: »Arbeiter, Bürger! Das Vaterland ist dem Untergange nahe. Rettet es! Es wird nicht von außen bedroht, sondern von innen: Von der Spartakusgruppe. Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden, Freiheit und Brot haben.« Verantwortlich für diesen Mordaufruf war der Gründer der »Antibolschewistischen Liga« und des »Generalsekretariats zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus«, der frühere Presseattaché der deutschen Botschaft in Moskau, Eduard Stadtler. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Frenzel, forderte am 4. Januar 1919 vom Rat der Volksbeauftragten die Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit und den Verzicht auf die Sozialisierung der Wirtschaft. Stadtler flossen großzügige Spenden zu, insbesondere nach seinem Vortrag »Bolschewismus als Weltgefahr« am 10. Januar im Flugverbandshaus vor etwa 50 handverlesenen Industriellen und Bankiers – darunter Ernst Borsig, Carl von Siemens, Albert Vögler und Hugo Stinnes.

Unterdessen verfolgten auf Befehl von Gustav Noske, Volksbeauftragter für Heer und Marine und seit 6. Januar Oberbefehlshaber der Truppen in und um Berlin, 40 bis 50 ausgesuchte Offiziere die Telefonüberwachung aller Berliner Postämter, was unmittelbar zur Verhaftung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – auf deren Köpfe je 50.000 Mark Belohnung ausgesetzt waren – durch Mitglieder der Bürgerwehr in Wilmersdorf führte. Mit seinen Befehlen trug Noske mehr als nur politische Mitverantwortung für den Doppelmord.

Mit der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde symbolisch die Revolution erschlagen. Ihre Mörder in Uniform – waren Leute wie Pabst, die zu jenen Kreisen gehörten, die in der Folge eine Schlüsselfunktion beim Übergang der Gegenrevolution zum Faschismus innehatten, offen die Übergabe der Macht an die Nationalsozialisten unterstützten und ein einzigartiges Netz zwischen Militär, Politik, Nachrichtendiensten und der Rüstungswirtschaft schufen.

Eckhard Müller

Zu Rosa und Karl!

Am 11. Januar 2009, ab 9 Uhr

wird mit dem stillen Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ein unübersehbares Zeichen für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden gesetzt!

Bringt Eure Familienangehörigen, Freunde und Nachbarn mit!

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,

Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Es ist eine schöne Tradition der BVV, in ihrer letzten Sitzung im Jahr im feierlichen Rahmen den Integrationspreis zu verleihen.

Die Auszeichnung für 2008 erhielt der Sportverein ASV Leichtathletik für seine vorbildliche Integrationsarbeit. Besonders sein kostenloses Ferienangebot »Sport für die ganze Familie« fand großen Zuspruch bei den Bewohnern in Moabit. Eltern und Kinder, viele aus Familien mit Migrationshintergrund, treiben gemeinsam Sport. Mit der Würdigung durch den Integrationspreis ist eine Zuwendung von zweitausend Euro verbunden. Die BVV berief an diesem Abend ebenso drei neue ehrenamtliche Patientenfürsprecherinnen für die Charité, das Universitätsklinikum Benjamin Franklin und das Herzzentrum und dankte dem bisherigen langjährigen Patientenfürsprecher für seine engagierte ehrenamtliche Arbeit. So fand der erste Teil der Sitzung vor ungewöhnlich viel Publikum statt, denn auch zwei Bürgeranfragen standen auf der Tagesordnung. Bewohner des Wohnprojekts und Umsonstladens in der Brunnenstraße fragten nach der Zukunft ihres Projektes, Vertreter der Anwohner Engelgärten nach dem genehmigten Bauprojekt in der Dresdner Straße, das die vorhandene Bebauung und Planung empfindlich beeinträchtigt.

Ohne längere Debatten beschloss die Mehrheit der BVV den 2. Ergänzungsplan für das Haushaltsjahr 2009. Die Abweichungen vom bestehenden Haushaltsplan sind zwar nicht so groß, dass ein Ergänzungsplan rechtlich zwingend erforderlich ist. Der Finanzstadtrat hätte auch mit Haushaltssperren die notwendigen Einsparungen erbringen können. Rainer-Maria Fritsch entschied sich für eine transparente Diskussion der Maßnahmen und eine Be-



**Bericht aus der BVV
Von Elke Reuter**

Alle Jahre wieder

schlussfassung in der BVV. Vorrangig durch ein Stellenmoratorium, wodurch freie Personalstellen, auch Teilstellen, 2009 nicht neu besetzt werden, sollen die Ausgaben reduziert werden. Für die Haushaltsaufstellung 2010 / 11 wird die BVV sich zu grundsätzlichen und strukturellen Neuansätzen verständigen müssen.

Wenig aufgeregt verlief auch die Debatte zur Überprüfung des Interessenbekundungsverfahrens des Jobcenters Mitte. Noch in der letzten Sitzung hatte die berechtigte Kritik an mangelnder Transparenz und Fehlentscheidungen die Wogen hochschlagen lassen. Nach dem dann schnellen Rücktritt der zuständigen Stadträtin Frau Scheffler von den Grünen und einer umfassenden Information des Fachausschusses über die Ergebnisse der internen Prüfung im Jobcenter sind jetzt Maßnahmen eingeleitet, die sicherstellen, dass den arbeitslosen Menschen in Mitte ab Januar 2009 arbeitsfördernde Maßnahmen in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen und kommunale Interessen bei der Vergabe berücksichtigt werden. Ein dementsprechender Antrag der LINKEN fand die Unterstützung von SPD und CDU und wurde mit Mehrheit angenommen.

Blick aus dem Amt:

Das SPRINT-Projekt geht weiter

»Können Sie nicht einmal mit einem Zitat anfangen« fragte mich die Pförtnerin, mit der ich gelegentlich ein kurzes Schwätzchen halte. Die Mittendrin wird aufmerksam gelesen und kritisch begleitet.

Mich freuen diese Reaktionen sehr. Also: »Nicht was lebendig, kraftvoll sich verkündigt, ist das gefährlich Furchtbare. Das ganz Gemeine ist, das ewig Gestrige. Was immer warnend wiederkehrt. Und morgen gilt, weils heute hat gegolten.« (Schiller Walensteins Tod).

Gerade wenn es engagierten Menschen gelingt, mit klugen Ideen Neues zu schaffen, will ich ihnen meine größtmögliche Unterstützung zukommen lassen.

So wie dem SPRINT-Projekt im Wedding, dass Kinder und Jugendliche in ihrem Bildungsstreben auf kluge Weise unterstützt. SPRINT steht für Sprache und Integration.

Lehramtsstudent/innen unterstützten diese Schüler/innen beim Spracherwerb. Für viele ist es schwer, Texte in deutschen Schulbü-



Foto: Ulli Winkler

chern zu verstehen. Nicht nur die Schüler/innen haben Lernerfolge, sondern auch die künftigen Lehrer/innen. Beinahe hätte es das Projekt nicht mehr gegeben. Gemeinsam mit Carola Bluhm ist es gelungen, SPRINT für weitere zwei Jahre aus Lottomitteln zu sichern. So wird es weiter ein kraftvolles und lebendiges Angebot im Soldiner-Kiez geben.

Rainer-Maria Fritsch

Bezirksstadtrat für Jugend und Finanzen

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Anfragen u.a.

■ **Wie bewertet das Bezirksamt** die Arbeit der Weddinger Kiezmütter und welche Anstrengungen hat es unternommen, um das Projekt auch über den Jahreswechsel hinaus zu erhalten? (DIE LINKE) 1091/III

Beschlossen u.a.

■ **Das Bezirksamt wird ersucht**, gemeinsam mit der Agentur für Arbeit Mitte und dem Jobcenter sicherzustellen, dass den arbeitslosen Menschen in Mitte ab dem 1.1.2009 arbeitsfördernde Maßnahmen in ausreichender Anzahl und Qualität zur Verfügung stehen. Des Weiteren soll in Abstimmung mit dem JobCenter und dem Ausschuss für Soziales und Bürgerdienste ein Kriterienkatalog unter Berücksichtigung kommunaler Ziele für die Vergabe arbeitsfördernder Maßnahmen des Jobcenters Mitte erarbeitet werden, mit dem Ziel, dass dieser in zukünftigen Verfahren Anwendung findet. (DIE LINKE, SPD, CDU) 1073/III

■ **Entwurf des 2. Ergänzungsplanes** des Bezirks Mitte für das Haushaltsjahr 2009, vorgelegt vom Bezirksamt. 0997/III

Überwiesen u.a.

■ **Das Bezirksamt wird ersucht**, bis zur BVV im Februar 2009 zu berichten, mit welchen Maßnahmen die fristgerechte Begleichung von gewerblichen Rechnungen durch den Bezirk in allen Abteilungen kontrolliert und sichergestellt wird. (DIE LINKE) 1074/III

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

**Fraktion DIE LINKE
in der BVV Mitte von Berlin**

Montag 16.30 – 17.30 Uhr, und
am 3. Mittwoch von 10–11.30 Uhr,
im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3,
10178 Berlin, Raum 323,
Telefon: 200 92 45 65

Guter Rat für Bürger!

**Sozial- und Mieterberatung der
Fraktion DIE LINKE in der BVV
und des Bezirksvorstandes mit
Rechtsanwalt André Roesener.**

An jedem ersten Mittwoch
des Monats
von 17 bis 19 Uhr in der
»Betroffenenvertretung
Rosenthaler Vorstadt«,
Strelitzer Str. 4, 10115 Berlin

Achtung!

Die 2. Beratung des Rechtsanwalts findet ab sofort am letzten Mittwoch jeden Monats von 17 bis 19 Uhr im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, Raum 505 – 5. Etage – statt.

Zwischen den Jahren

Eine Betrachtung von Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch



Fotos: Archiv

Diese Taschen werden in diesem Jahr oft im Einsatz sein

DIE LINKE geht mit breiter Brust in das Super-Wahljahr 2009. Wir haben die Chance, in Deutschland eine neue Linke zu konstituieren, beim Schopfe gepackt und genutzt.

Dreierlei bestimmt unsere erfolgreiche Bilanz am Jahresende. Erstens haben wir die politische Agenda verändert. Standpunkte, die zwar in der Bevölkerung mehrheitlich vertreten werden, im höchsten deutschen Parlament allerdings bislang noch keine Mehrheiten finden, gewinnen an Einfluss. Noch vor Jahresfrist ernteten wir mit Zweifeln an den Selbstheilungskräften des Marktes oder unserer Kritik an der internationalen Finanzwirtschaft und den Managergehältern bei der politischen Konkurrenz spöttisch-arrogantes Lächeln. Gegen die grundgesetzwidrige Änderung der Pendlerpauschale trat DIE LINKE von Anbeginn und ohne Wanken auf. Unser Einsatz für einen gesetzlichen Mindestlohn und für öffentliches Eigentum, unser Widerstand gegen die unsoziale Gesundheitsreform und gegen eine Rente ab 67 kennzeichnen weitere politische Felder, auf denen die Mehrheiten im Bundestag die Stimmungen in der Bevölkerung nicht mehr mit der Arroganz der Macht ignorieren können.

Zweitens gehören sehr gute Wahlergebnisse zum positiven Fazit. Wir sind inzwischen mit eigenen Fraktionen in vier westdeutschen Landesparlamenten und haben sogar den bayerischen Löwen ziemlich irritiert. Wir hatten eine großartige Kommunalwahl in Brandenburg und wir stellen mit Angelika Gramkow in Schwerin erstmalig die Oberbürgermeisterin einer Landeshauptstadt.



Dr. Dietmar Bartsch

Drittens schließlich konnten wir die Mitgliederzahl der LINKEN weiter steigern. Per Saldo sind es über 5.000 mehr, so dass wir jetzt insgesamt mehr als 76.000 Mitglieder zählen.

Auf die erheblichen Herausforderungen im Jahr 2009 sind wir also gut vorbereitet. Am 18. Januar wird in Hessen gewählt. Mit Unterstützung aus allen Landesverbänden wollen wir gestärkt wieder in den Wiesbadener Landtag. Ein entsprechender Paukenschlag wäre ein gutes Signal für die gesamte Partei. Wir gehen dann der Europawahl und acht (!) Kommunalwahlen am 7. Juni entgegen. Eine Zwischenstation werden der Europaparteitag und die Bundesvertreterversammlung am 28. Februar und 1. März in Essen sein, wo wir das Europawahlprogramm und die Bundesliste

der Partei beschließen. Am zweiten Juni-Wochenende treffen wir uns in Berlin zum Fest der Linken, wiederum eine Woche später, am 20. und 21. Juni, wird ein Bundesparteitag in Berlin das Programm zur Bundestagswahl verabschieden. Voller Ehrgeiz treten wir am 30. August zu Landtagswahlen an – mit Oskar Lafontaine im Saarland, mit André Hahn in Sachsen und mit Bodo Ramelow in Thüringen. Abschluss und Höhepunkt des Wahlzyklus ist dann am 27. September die Bundestagswahl, in Brandenburg verbunden mit der Landtagswahl.

Die Wahlkämpfe gehen einher mit politischen Aktionen für Rentengerechtigkeit und für öffentliches Eigentum, gegen Privatisierungen, gegen die NATO-Politik und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Nicht zuletzt ist 2009 ein Jahr bedeutender Jahrestage und Jubiläen. Wir werden uns mit der Geschichte weiter auseinandersetzen, wollen dies aber in erster Linie mit dem Blick auf heutige und künftige Herausforderungen tun. Deshalb plant DIE LINKE eine zentrale Veranstaltung am 7. und 8. März in Leipzig: »60 Jahre Grundgesetz – Offen für eine neue soziale Idee«, weil wir nie aus dem Blick verlieren, dass soziale Gerechtigkeit der Dreh- und Angelpunkt unserer Politik ist. Die gegenwärtige tiefe Krise des kapitalistischen Systems zwingt uns dazu in besonderer Weise. Ich begrüße es deshalb sehr, wenn die Hauptversammlung der LINKEN in Berlin-Mitte, meinem früheren Bezirksverband, die sozialen Interessen und Bedürfnisse der Menschen und lebenswerte Kieze als politische Hauptziele bestimmte und der Bezirksverband dafür viele neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen will. Dafür wünsche ich allen Genossinnen und Genossen Erfolg, Glück und Gesundheit! Am Sonntag, dem 11. Januar, sehen wir uns in Friedrichsfelde!



Laut Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung von 2007 wird das Gesamtversorgungsniveau aus gesetzlicher Rente und Riester-Rente nicht einmal jenes Versicherungsniveau erreichen, welches bisher allein aus der gesetzlichen Rente geleistet wurde.

Bei anderen gelesen

Der Alex ist ein heißes Pflaster

Die Durchschnittstemperatur auf dem Platz stieg dieses Jahr um drei Prozent. Damit war es laut Deutschem Wetterdienst unterm Fernsehturm wärmer als fast überall in Deutschland. Im Durchschnitt war es im Herzen der deutschen Hauptstadt von Januar bis heute exakt 12 Grad warm. Berlin wird immer mehr zum Brutkasten.

»Berliner Kurier«, 18.12.2008

Kampf um alte Brücke

Die Arbeitsgruppe Rathausbrücke, ein Zusammenschluss von Gewerbetreibenden und Anwohnern des Nikolaiviertels, will in letzter Sekunde das Ruder herumreißen. Ihr Ziel: den Bau der modernen Rathausbrücke aufhalten. Die Arbeitsgruppe startet ein Bürgerbegehren. Die Bürger des Nikolaiviertels fordern, dass die noch ältere historische Rathausbrücke errichtet wird. Nach Meinung der Kunsthistorikerin Annette Ahme ist sie sogar als wichtigste Brücke Deutschlands vergleichbar mit der Karlsbrücke in Prag.

»Berliner Abendblatt«, 29.11.2008

Barock für die Globalisierung

Das Schloss Berlin ist entworfen – aber für wen? Die Sinnstiftung des Humboldt-Forums im heutigen Zeitalter der Globalisierung muss auf die Welt bezogen und wesentlich politisch begriffen werden und soll kulturelle Vielfalt fördern zur Stabilisierung der globalen Welt. Der globale Dialog der Kulturen müsse als politischer Dialog geführt werden. Nur in dieser Dimension mache ein Humboldt-Forum Sinn.

»Neues Deutschland«, 3.12.2008

Diskussion über NPD-Verbot neu aufgeflammt

Nach Meinung von Ehrhart Körting, Innenminister in Berlin, ist die NPD eine neonazistische Partei, die sich dazu bekennt und nicht mit der Verfassung vereinbar ist. »In der rechtsextremen Szene ist Gewalt gegen Andersdenkende und Ausländer seit Jahren verschwistert. Berlin wird sich jedenfalls nach wie vor für ein Verbotverfahren aussprechen«, sagt er.

»Berliner Morgenpost«, 18.12.2008

Wahrheit kauft sich einen Preis

Die Wahrheit ist und bleibt der Krisengewinnler Nummer Eins. In düsteren Zeiten macht sie das Beste aus der Krise. Sie sollte ausgezeichnet werden für ihren exzellenten Umgang mit der Krise.

»taz«, 18.12.2008

Menschen in Mitte:

CLUB DIALOG e.V. – fast ein Lebenswerk von Tatjana Forner



Foto: M. Thiel

Ins Russische Haus in der Friedrichstraße kommen jährlich Tausende russisch- und deutschsprechende Berliner

Man möchte meinen, von allen Migranten in Berlin wurden und werden die rund 150 000 aus der ehemaligen Sowjetunion am besten auf ihr neues Leben hier vorbereitet. Die Hauptarbeit dafür trägt seit nunmehr 20 Jahren der CLUB DIALOG e.V.

»Unsere fünf Projekte in **Mitte** (KIB - Beratungs- und Begegnungsstätte Russisches Haus, Friedrichstraße 176-179), **Wedding** (Schalash - Interkulturelles Jugendzentrum, Lindower Straße 18), **Marzahn** (M-Ost) und **Hellersdorf** (Schalash-Ost) bieten nahezu alles, was Neubürger dieser Stadt benötigen: Kontakte, Beratung, Kurse und vielfältige Kultur-, Sport- und Informationsveranstaltungen«, betont die Vereinsvorsitzende Tatjana Forner.

So holen sich Kinder und Jugendliche in »Colleges« das Rüstzeug für eine erfolgreiche Schul- und Berufsausbildung. Nummer 1 ist natürlich die Beherrschung der deutschen Sprache. Juristen, Psychologen, Sozialpädagogen und viele andere Spezialisten helfen jungen wie älteren russischsprachigen Mitbewohnern bei der Integration in den Alltag der Hauptstadt. 60 Mitglieder zählt zum Beispiel der Anglerklub, beliebt sind die Treffs junger Familien, Wettkämpfe mit »einheimischen« Sportlern und gemeinsame Exkursionen durch die neue Heimat. Eine »Ehrenamt-Börse« vermittelt Kontakte zu Berlinern.

20 Jahre Begegnungen, Beratung, Ausbildung für Neubürger Berlins

Jährlich kommen Tausende Migranten aus Russland und anderen früheren Sowjetrepubliken im Russischen Haus zu Konzerten, Le-

sungen, Ausstellungen, Diskussionen und thematischen Foren zusammen. Nützlich sind auch Fachseminare und Workshops zu Themen wie »Die Deutschen und wir« oder »Das Russische Berlin«. »Unser CLUB DIALOG e.V. ist eine vielschichtige beliebte und vielbesuchte russisch-deutsche Begegnungs-tribüne geworden«, sagt Tatjana Forner, »und ist zugleich Mittler zwischen den beiden Kulturkreisen«.

Für die zierliche Frau ist der Verein fast ein Lebenswerk. Die gebürtige Moskauerin hatte sich während ihres Chemiestudiums an der Lo-

monosow-Universität in ihren späteren Ehemann aus der DDR verliebt und war mit ihm 1969 nach Berlin gegangen. In der Etappe von Perestroika und Glasnost in ihrem Heimatland sah sie die Zeit gekommen, sich mit den nie ausgesprochenen Problemen der damals

rund 8 000 sowjetischen Bürger in beiden Teilen Berlins auseinanderzusetzen. Zur traditionellen Mai-

feier 1988 in der UdSSR-Botschaft Unter den Linden ging sie spontan auf die Bühne und forderte eine unabhängige Interessenvertretung. »Zuerst wagten sich sechs, dann schon 18 Interessierte zu den Zusammenkünften«, erinnert sich die Mutter zweier Töchter. »Bald aber kamen Menschengarnen, darunter nicht wenige DDR-Bürger, die mehr wissen wollten über die Entwicklung unter Gorbatschow, in das damals neuerbaute Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur in der Friedrichstraße«. Schon längst hatte sie eine Konzeption und den Entwurf für ein Statut des geplanten Vereins erarbeitet.

Am 22. November 1988 wurde er dann von 140 Vertretern gegründet und sein Vorstand gewählt. »Das war die Geburtsstunde unseres CLUB DIALOG e.V., dessen 20. Jubiläum wir fast auf den Tag genau mit über 700 Gästen im Russischen Haus zünftig gefeiert haben«, freut sich die Vorstandsvorsitzende, die zugleich Mitglied des Landesbeirates für Migration und Integration ist. »Wir sind heute ein untrennbarer Teil des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens Berlins. Und wir haben Zehntausenden Landsleuten geholfen in ihrer neuen Heimat Fuß zu fassen. Darauf bin ich schon ein bisschen stolz.«

Matthias Herold

Abriss, Hotelpläne und Gerüchte gegenüber dem Berliner Hauptbahnhof

Was geschieht in der Lehrter Straße?



Foto: M. Thiel

Mieter fordern: Unsere Straße soll bewohnbar bleiben!

Die Lehrter Straße rückte vor knapp zwei Jahrzehnten über Nacht aus ihrer Randlage in die Mitte Berlins. Die langjährige Bewohnerin Monika Raasch nennt dies so: »Vor dem Mauerfall wurden wir hier wie in einer ländlichen Idylle vom Hahnenkrähen und Vogelgezwitscher sanft geweckt, heute dröhnen die Züge des Hauptbahnhofes und der dichte Straßenverkehr zwischen Ost und West in unsere Wohnungen. Wir sind jetzt City-Bürger.«

Das Mitglied im Mieterbeirat der Hochhäuser an der Lehrter Straße/Ecke Invalidenstraße setzt sich seit Monaten nicht nur für schallisolierte Fensterscheiben ein, sondern für wirksame Mieterschutzklauseln, um auch nach der städtebaulichen Umgestaltung des Moabiter Kiezes hier sicher zu sein vor Verdrängung.

Die Lehrter Straße verläuft von der Invalidenstraße bis zur Quitzowstraße westlich der Bahnstrecke Richtung Lehrte bei Hannover über Magdeburg. Im 19. Jahrhundert wuchsen auf der westlichen Seite Kasernen und ein Exerzierplatz, gegenüber die Bahnanlagen. Heute nutzt man die zum Teil unter Denkmalschutz stehenden Bauwerke als Teil der Justizvollzugsanstalt Plötzensee und als Außenstelle des Amtsgerichts Tiergarten. Das Haus Nr. 57 ist Sitz von Architekten, Webdesignern und Künstlern. Die beliebte Kulturfabrik mit Theater, Kino und Cafe zog im Haus Nr. 35 ein. Der Exerzierplatz dient seit 1927 als Stadion mit Hallenbad.

Dass der Bau des Hauptbahnhofes die Lehrter Straße prägen und verändern wird, haben nicht nur die Bewohner erwartet. Baupläne und -anträge beschäftigen schon seit langem Bezirksamt und Bezirksverordnetenversamm-

lung. Das Parkhaus an der Ecke Lehrter Straße/Invalidenstraße wurde vor kurzem abgerissen. Für dieses »Kerngebiet ohne Nutzungsbeschränkungen« ist ein weiteres großes Hotel mit Tiefgarage geplant.

Welche wirklichen Pläne die neuen Besitzer, ein Münchner Konsortium, der sieben- bis 13stöckigen Plattenbauten schräg gegenüber dem Hauptbahnhof haben, ist den Mietern immer noch nicht bekannt. »Eigentlich sind wir hier im Weg«, meint Monika Raasch.

Die Mitarbeiterinnen des so genannten »B-Ladens«, eines Kieztreffs für Betroffene in der Lehrter Straße 27-30, gehen unermüdlich jeder Anfrage und Information nach, sprechen mit Politikern und Abgeordneten. »Nachbarn und Aktive aus dem Betroffenenrat gingen bisher davon aus, dass die Lehrter Straße als Wohnstraße mit einer Mischung aus Wohnen und Gewerbe weiterentwickelt werden soll«, unterstreicht Susanne Torka. Das Bezirksamt habe anscheinend in den vergangenen Jahren versäumt, dafür die rechtliche Grundlage zu schaffen. »Ein Bebauungsplan (B-Plan II-138), vor vielen Jahren aufgestellt, um das Wohnen zu sichern, wurde irgendwann nicht mehr weiter bearbeitet, weil es angeblich Altlasten im Boden gebe. Das ist mehr als ärgerlich!«

Die Gemüter erregt momentan auch die Behauptung, dass die Berliner Stadtmission das Seniorenheim im Haus Nr. 68 abreißen wolle, um dort ein riesiges neues Verwaltungsgebäude für die Evangelische Diakonie zu errichten. Die Bürgervertreter wollen der Sache nachgehen. Mit der idyllischen Ruhe der Bewohner der Lehrter Straße ist es aus, aber in ihrem Ringen um eine auch bewohnbare Straße sollten sie sich nicht aus der Ruhe bringen lassen. »Mittendrin« bleibt am Ball.

Matthias Herold

Kurznachrichten aus Mitte

Hotel im Viet-Haus

Das Viet-Haus in der Leipziger Straße 54 ist mit einem Hotel erweitert worden. Es verfügt über 23 Einzel- und Doppelzimmer oder Suiten, im modernen vietnamesischen Stil eingerichtet. Zu den ersten Gästen zählten Berlin-Touristen aus Deutschland, Italien, Brasilien, Skandinavien und Fernost. Preise pro Nacht zwischen 75 und 120 Euro. Das Viet-Haus mit seiner exotisch gestalteten Einrichtung ist weltweit größtes und in Europa einziges vietnamesisches Handels- und Kulturzentrum. Seafruit-Unternehmen und Porzellan-Manufakturen stellten sich bereits vor. Von Berlinern und Stadtgästen gut angenommen wurde das Shopping-Center »Stil und Lebensart«.

Stadträtin trat zurück

Die Bezirksstadträtin für Soziales und Bürgerdienste in Mitte, Miriam Scheffler (Grüne), ist im Dezember zurückgetreten. Hintergrund dafür, so Bürgermeister Christian Hanke, sei ein Konflikt um ein Vergabeverfahren im Jobcenter des Zentrumbezirks. Die Bezirksverordneten-Versammlung und das Bezirksamt hatten bemängelt, dass bei der Auswahl freier Träger, die 2009 ihre Beschäftigungsmaßnahmen anbieten sollten, zu wenig qualitative und kommunale Erfordernisse berücksichtigt wurden. Miriam Scheffler stehe dafür in der politischen Verantwortung. Es gehe um einen zweistelligen Millionenbetrag, der Arbeitsuchende qualitativ weiterbringen soll.

Riss im Tor

Im Torbogen des Brandenburger Tores ist ein 30 Zentimeter breiter Riss entstanden. Baumängel oder durch Schwingungen beim U-Bahnrohbau entstanden, wurde im Abgeordnetenhaus gefragt. Der Riss werde geflickt, stellte Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) dazu fest. Die Stiftung, die das Wahrzeichen restaurieren liess, trage die Kosten. Die Senatsverwaltung kontrolliere das Bauwerk regelmäßig. 200 000 Euro seien für die Instandhaltung des Brandenburger Tores jährlich vorgesehen.

Tiefgarage später fertig

Die Tiefgarage unter der Alexanderstraße wird noch nicht im Sommer 2010 fertig. Das Bauunternehmen Wöhr + Bauer aus München begründet die Verzögerung voraussichtlich bis 2011 mit schwierigem Baugrund. Historische Funde und Reste alter Häuser hatten schon zu einem ersten Baustopp geführt und für Archäologen interessant gemacht. Für den Berliner Senat bedeutet die Bauverzögerung, dass mit dem Neubau der Alexanderstraße entsprechend später (etwa Oktober 2009) begonnen werden kann.

Berlin braucht starke Bezirke

Interview mit Rainer-Maria Fritsch
Mittes Stadtrat für Jugend und Finanzen

Zwischen dem Land Berlin und seinen Bezirken gibt es Streit. Worum geht es?

Etwas knapp und vereinfacht gesagt: Wir wollen die kommunalen Aufgaben, die Mitarbeiter und die dafür notwendigen Mittel auf eine sinnvolle Weise zuordnen und rechtlich festschreiben.

Will der Bezirk mehr Arbeit auf sich ziehen?

Nein, darum geht es nicht. Die Bezirke müssen für ihre Aufgaben die Gelder bekommen, die sie für die kommunalen Dienstleistungen brauchen. Gegenwärtig werden den Bezirken für ihre Tätigkeit jährlich Globalsummen zugewiesen, die für die kommunalen Aufgaben aber nicht immer ausreichend sind. In Mitte müssen 92 Prozent davon aufgewendet werden für die Leistungen, zu denen das Land auch gesetzlich verpflichtet ist. Diese Arbeit erledigen wir sozusagen im Auftrag der Stadt. Nur die restlichen acht Prozent bilden den Teil des Haushalts, über den Bezirksamt und BVV nach eigenem Ermessen befinden könnten.

Und welche Veränderungen wollen die Bezirke erreichen?

Wir wollen erreichen, dass die kommunalen Aufgaben exakt beschrieben und den Bezirken verbindlich zugewiesen werden, und dass dafür die notwendigen Mitarbeiter/innen und Gelder zugeordnet werden. Ein Beispiel: Viele Berliner Schulen müssen dringend renoviert



Foto: Ulf Winkler

und modernisiert werden. Wenn man das vernünftig anpacken will, brauchen wir dafür zweierlei: Erstens müssen Mindeststandards erarbeitet werden. Was braucht eine arbeitsfähige Schule? Zweitens sind die Mindestkosten dafür zu errechnen. Was darf dieser Standard kosten? Beides muss festgeschrieben, eingehalten und natürlich finanziert werden. Solche verbindlichen Bestimmungen gibt es zur Zeit nicht.

Die Bezirke wollen also wirksamer entscheiden können, wo und wann welche Aufgaben angepackt werden?

Genau darum geht es. Die Bezirksverordneten, die Mitarbeiter des Bezirksamts, die ehrenamtlichen Helfer - sie alle haben die Pro-

blemfälle doch jeden Tag vor Augen. Sie können wirklich bürgernah urteilen und entscheiden. Dazu gehört übrigens auch unsere Forderung, dass die Bezirksbürgermeister im Abgeordnetenhaus Rederecht haben sollen. Mit ihren Erfahrungen sollten sie Einfluss nehmen können auf Beschlüsse und Entscheidungen des Abgeordnetenhauses, die doch oftmals tief in das Leben der Menschen eingreifen. Jeder der zwölf Berliner Bezirke hat ungefähr 300.000 Einwohner. Das sind zwölf respektable Großstädte. Gemeinsam bilden sie die Millionenstadt Berlin! Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Berlin erreichen. Dazu sind in jedem Bezirk andere Schritte nötig. Diese differenzierte Sicht darf bei Entscheidungen, die die ganze Stadt berühren, nicht vergessen werden.

Zur erfolgreichen kommunalen Arbeit gehören qualifizierte Mitarbeiter. Warum gibt es zwischen Land und Bezirk Streit bei Neueinstellungen?

In den vergangenen Jahren sind viele Dienststellen der Stadt reorganisiert worden. Die betroffenen Mitarbeiter sind nicht »auf die Straße gesetzt« worden. Sie gehören nun dem »Stellen-Pool« an. Wenn in den Bezirken Stellen frei werden, müssen sie aus diesen Mitarbeitern besetzt werden. In Ordnung. Handelt es sich aber um bestimmte Fachleute wie Bauingenieure, Ärztinnen für die Gesundheitsaufsicht usw, die es dort nicht gibt, was dann? Wir meinen, dann sollen die Bezirke nach einer angemessenen Frist das uneingeschränkte Recht haben, selbst über die Einstellung von externem Personal entscheiden zu können.

Fragen von Heinz Grote

Von Banken und Bänken

Berlins Schulen brauchen mehr Computer

Im Jahr 2008 zählte man in den Schulen doppelt so viele Computer wie vor sieben Jahren, sagt das zuständige Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und klopf sich fröhlich auf die Schulter.

Moment mal, fragen Lehrer, Schüler und Eltern: Wie viele sind es denn tatsächlich? Im Durchschnitt gäbe es für je 15 Schüler einen Computer, so das Ministerium. Da habe man allerdings die Geräte für die Verwaltung üblicherweise mitgezählt.

Und wie sieht es in Mitte aus? Beispiel Max-Planck-Gymnasium: Laut Statistik gibt es dort 1062 Schüler und 91 Computer. Aber den Schülern stehen nur 30 PC zur Verfügung. Deshalb können die Geräte erst ab der 9. Klasse im Unterricht sinnvoll genutzt werden, und zwar dann, wenn die Kinder das Wahlpflichtfach IT gewählt haben. 61 Geräte

werden von den Klassenlehrern und den Fachbereichen benötigt.

Für die 26 685 Schüler in allen öffentlichen Schulen in Mitte (Berufliche Schulen, Grundschulen, Haupt- und Realschulen, Gesamtschulen, und Gymnasien) gibt es insgesamt 5587 IT-Plätze. Die notwendige großzügigere Ausstattung der öffentlichen Schulen kostet Geld, viel Geld, das die Stadt nicht hat. Und das die Bundesregierung »anderweitig benötigt«. Die Bundeskanzlerin möchte Deutschland zwar zur »Bildungsrepublik« machen, aber es bestehen eben gewisse Unterschiede zwischen einer Schulbank und einer Commerz-Bank.

Gleiche Chancen für Bildung? Denkste!

Deutschland hat mit seinem verbreiteten dreigliedrigem Schulsystem Chancenungleich-

heit geradezu zementiert. Das haben die PISA-Studien wiederholt moniert. Vor allem Kindern aus bildungsfernen Schichten und Kindern mit Migrationshintergrund, aber durchaus nicht nur ihnen, sind Entwicklung und Zugang zu qualifizierterer Bildung damit blockiert. Der Einstieg in die Arbeitswelt wird für viele zum Fehlstart - mit allen bedrückenden Folgen.

Es geht ja nicht nur um den Computer für den Unterricht. Mädchen und Jungen sollen bereits in der Schule lernen, wie man mit den neuen Medien, etwa dem Internet, sinnvoll umgeht. Es gibt kaum noch eine berufliche Tätigkeit, die ohne solide Computerkenntnisse sachkundig auszuführen ist.

Informatik, IT oder ITG oder wie man das Fach nennt - es gehört nicht zu den Pflichtfächern! Es liegt also am jeweiligen Fachlehrer, Medienkompetenz in den anderen Fächern zu entwickeln. Respekt vor den verantwortungsbewussten Pädagogen, die sich darum bemühen. In der Realität klappt das leider viel zu selten.

Kambiz Behbahani

Der Krise entgegen wirken

Investitionen und Unterstützung für die Ärmsten

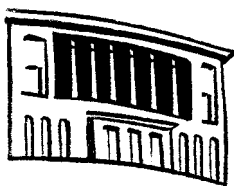
Auch in der letzten Plenarsitzung im abgelaufenen Jahr waren die Rollen klar verteilt. Die Opposition wettete gegen die Regierungskoalition und den Senat.

Statt um die tatsächlichen Sorgen der Berlinerinnen und Berliner, ging es schwarz-grün-gelb um das genussvolle Ausschachten der Differenz zwischen Linken und SPD um die Erbschaftssteuerreform im Bundesrat. Aber das Thema der Aktuellen Stunde vor dem Jahreswechsel bestimmte Rot-Rot: Die Finanzkrise.

Aber der Reihe nach.

Die Finanzkrise, ausgelöst durch übermäßige Spekulationen, eine schier grenzenlose Gier nach hohen Gewinnen und die Deregulierung der weltweiten Finanzmärkte, hat die reale Wirtschaft schon erreicht, auch in Deutschland. So bürgt beispielsweise die hessische Landesregierung von Roland Koch (CDU) mit einstimmiger Unterstützung des Landtags, also inklusive der hessischen Linken, mit Steuermitteln für den Automobilhersteller Opel. Die Rettung der Deutschen Industriebank IKB, die sich ebenfalls verzockt

hatte, hat den Steuerzahler bisher schon 9,2 Milliarden Euro gekostet.



Exklusiv aus dem Berliner Abgeordnetenhaus

Auch Berlin ist gefordert, mit gezielten Investitionen der drohenden Rezession entgegenzuwirken. Deshalb hat unser Wirtschaftsminister, Harald Wolf, schon vor Wochen umfangreiche und nachhaltige Maßnahmen gefordert. Um Wachstum und die Beschäftigung in Berlin nicht zu gefährden, hat er im Senat eine Debatte über die Verwendung nicht ausgegebener Investitionsmittel begonnen. Unsere Fraktion hat im Parlament zudem gefordert, dass auch der Jahresüberschuss des Landeshaushalts von 600 Millionen Euro, der eigentlich zum weiteren Abbau des Schuldenbergs vorgesehen war, kein Tabu sein darf.

Um der in diesem Jahr auch Berlin drohenden Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, hat man sich im Senat zunächst darauf verständigt, so-

fort zusätzlich 50 Millionen Euro für die Sanierung von Schulgebäuden einzusetzen.

DIE LINKE betrachtet dies lediglich als ersten Schritt, denn auch mit der dringend nötigen Sanierung von Kindertagesstätten, von Krankenhäusern und Hallenbädern kann die Bauwirtschaft gestärkt werden. Zudem haben wir als Schwerpunkte weiterer Investitionsmaßnahmen die Bereitstellung von Krediten für energetische Gebäudesanierungen sowie die Ausweitung von Qualifizierungsprogrammen für von Kurzarbeit oder von Arbeitslosigkeit Betroffene angeregt.

Zudem scheint es nun der richtige Zeitpunkt zu sein, einen neuen Vorstoß im Bundesrat für eine Erhöhung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II und die Einführung eines Mindestlohns, zu unternehmen. Denn die Ärmsten der Gesellschaft würden jeden Euro, den sie mehr bekommen, für Konsum einsetzen. Weil sie es müssen.



Carola Bluhm ist Vorsitzende der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und direkt gewählt im Wahlkreis 2.

Je verschiedener – desto besser

Bürgerplattform als Gewinn für die Politik

Kulturelle Vielfalt ist in Wedding und Moabit nichts Neues - Community Organizing schon: Das Modell kommt aus der amerikanischen Zivilgesellschaft und bedeutet so viel wie organisierte Bürgerplattform. Nun gibt es ja auch in Berlin bereits mehrere Bürgerplattformen. Aber in Wedding/Moabit treten diese künftig gemeinsam mit einer Stimme gegenüber politischen Entscheidungsträgern und der Wirtschaft auf. Es handelt sich dabei um mehr als 40 Gruppierungen / Vereine verschiedener Kultur, Religion und Nationalität, die in den vergangenen zweieinhalb Jahren ein starkes Beziehungsnetzwerk entwickelt und sich Ende November offiziell zur »Bürgerplattform Wedding/Moabit« zusammenschlossen haben.

Wie viele engagierte Personen bei dieser Anzahl von Gruppierungen zusammenkommen, zeigte sich bei der Gründungsveranstaltung in der Moabiter Universal Hall: allein an diesem Abend waren es über eintausend. Organisatorische und praktische Unterstützung bekommen sie vom Deutschen Institut für Community Organizing (DICO), das sich 2006 genau zu diesem Zweck gegründet hat. Das DICO ist angebunden an die Katholische

Hochschule für Sozialwesen Berlin, die einen ihrer Schwerpunkte auf diese Form der zivilgesellschaftlichen Beteiligung gelegt hat.

»Das Ziel der neuen Bürgerplattform ist, für gemeinsame Nöte oder auch für Visionen realistische Lösungsvorschläge zu verhandeln und durchzusetzen«, erläutert Susanne Sander vom DICO. Die Politikwissenschaftlerin sieht dabei sowohl einen Gewinn für die Politik als auch für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtquartieren: »Als einzelne Person oder Gruppierung ist nicht so viel erreichbar, als wenn sich die Gruppen zusammensetzen und ihre Lösungsvorschläge dann gleich an die richtige politisch zuständige Stelle transportieren.«

Auf Augenhöhe mit Politik und Wirtschaft wollen die Weddinger und Moabiter künftig verhandeln. Die zu leistende Vorarbeit, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, ist bei dieser Anzahl und Vielfalt der Gruppen eine komplizierte, aber auch spannende Herausforderung. Und die Auseinandersetzung mit der eigenen Kompromissbereitschaft und dem Verständnis für Menschen mit anderen Lebenserfahrungen ist auf dem Weg hin zu einer konstruktiv gelebten Vielfalt unerlässlich. Susanne Sander meint: »Je verschiedener, desto besser.«

Susanne Baumstark

Politische Bildung

Ostdeutschland im 20. Jahr der Einheit Forum Wirtschafts- und Sozialpolitik

Mit Dr. Ulrich Busch, Roland Claus (MdB); Prof. Dr. Udo Ludwig (IWH); Prof. Klaus Steinitz

20.01., 18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Deutschlands Eintritt in die Moderne.

Die ungeliebte Revolution 1918/19 und DIE LINKE

Die Geburtsstunde der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in Berlin 1918/19;

VIII. Ständiges Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung Prof. Werner Bramke, Prof. Helmut Bock, Prof. Günter Benser, Prof. Michael Buckmiller, Dr. Klaus Lederer, Prof. Klaus Kinner, Dr. Gerald Diesener, Ralf Hoffrogge, Prof. Siegfried Lokatis, Ottokar Luban, Dr. Elke Reuter, Dr. Monika Runge

23.01., 18 Uhr bis 24.01. 18 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstrasse 5, 10117 Berlin

Das ist das Letzte

Die letzte Prophezeiung der Kanzlerin für das Jahr 2009 besagt: Es wird ein Jahr der schlechten Nachrichten! Damit hat sie uns drei Ausgaben erspart: Wir brauchen kein Jahreshoroskop, keine Fernreisen und keinen Sekt. Nur Selters und Kaffeefahrten.

Die ersten Hinweise aus dem politischen Kalender für 2009 besagen: Es wird ein Jahr mächtig-gewaltiger Festivitäten! 20 Jahre Mauerfall. 60 Jahre Staatsgründung. 70 Jahre Einmarsch in die Nachbarstaaten. 90 Jahre-Niederschlagung der ersten Zuckungen des Sozialismus in Deutschland. Und dazwischen große und kleine Wahlen.

Und immer werden wir hören: »Wir sind gut aufgestellt!« »Wir haben uns gut vorbereitet.« »Den Deutschen geht es besser als allen anderen in der Welt.« Oder, wie der Kaiser zu sagen pflegte: »Am deutschen Wesen muss die Welt genesen!«

Deshalb wird man auch den Grundstein zum Wiederaufbau seines Berliner Stadtschlusses legen. Obwohl der Initiator Wilhelm von Bodien beim jetzigen Stand der Spenden noch 143 Jahre sammeln müsste. Aber der Staat wirft erst mal eine halbe Milliarde in seinen Hut. Die verarmten Banken kriegen ja auch. Die röchelnden Autokonzerne natürlich auch. Es fehlt ja nicht an Geld. Es fehlt nur an der gerechten Verteilung. Deshalb kriegen die Armen nichts ab.

Bis sie die Bücher der Vordenker des Sozialismus ausgraben und schreien: »Wir sind das Volk!« Aber wir sind ja längst wieder – oder immer noch – zwei Völker. Im Denken und Fühlen, im Einkommen und Auskommen, im Wählen und Verwählen. Die Mehrheit der Schafe wählt immer noch mal ihre Metzger. Und wenn das dann im Herbst zur Wiederwahl von unserem Merkelinchen führt, dann wissen wir auch, was sie mit »schlechten Nachrichten« gemeint hat.

Lasst uns für gute Meldungen sorgen!

Arthur Paul

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28,
10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204,
Fax: 24 009 337,

E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 19.12.2008

Ausgabebetrag für Nr. 2/09 – 05.02.2009

mittendrin · 1/2009



Foto: Archiv

Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin ist von Unbekannten mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert worden. Schmierereien an zwölf Stelen wurden Anfang Januar enteckt. Die etwa 40 mal 40 Zentimeter großen Hakenkreuze und die antisemitischen Schriftzüge wurden umgehend entfernt. Das Mahnmal unweit des Brandenburger Tors wurde seit seiner Eröffnung im Mai 2005 immer wieder geschändet. Die Gedenkstätte mit den 2711 Stelen wird täglich von tausenden Menschen besucht. DIE LINKE verurteilt diese Anschläge und veranstaltet am 24. und 25. Januar eine Konferenz »Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus – Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz« im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Neu in unserer Bibliothek

Dieter Klein: »Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht.«

Dietz Verlag 2008, 273 Seiten
(Nr. 1 der neuen Reihe
der RLS »Einundzwanzig.«)

Veranstaltungshinweise

Gesprächskreis Finanzkrise und/oder Systemkrise

Gast: **Mario Candeias**, Referent für Kapitalismuskritik im Bereich Politikanalyse der RLS

Dienstag, 13. Januar, 19 Uhr
im Karl-Liebknecht-Haus, Saal 1

Literatur: liegt in der Geschäftsstelle im KL-Haus aus

»Wissen was läuft«

Diskussion über Landes- und Kommunalpolitik mit **Carola Bluhm**, Fraktionsvorsitzende der Linken im Abgeordnetenhaus und **Rainer-Maria Fritsch**, Stadtrat für Jugend und Finanzen in Berlin-Mitte
Mittwoch, 28. Januar, 19 Uhr
im Karl-Liebknecht-Haus
(U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz), Saal 1

Wir gratulieren im Januar

zum Geburtstag!

- Zum 99.** Elli Köhn
zum 89. Ruth Tanneberger
zum 87. Gerda Gödicke
zum 86. Karl-Heinz Banach, Friedel Kästner, Kurt Meißner, Dora Scholz
zum 85. Harald Morgenstern
zum 84. Werner Hagemann
zum 83. Ilona Jechow, Ilse Nosty
zum 82. Otto Brandstädter, Horst Kniestedt, Elisabeth Meier, Helmut Schindler, Horst Schütze, Hannelore Sonntag
zum 81. Dorothea Heermann, Helga Lemke, Henry Meyer, Bruno Sedlaczek, Werner Theuring
zum 80. Siegfried Büttner, Rudolf Dürr, Horst Haase, Ingeborg Jacobeit, Erhard Scherner, Lilly Thieler
zum 75. Werner Binus, Dieter Giersch, Klaus Hamsen, Karl Rabe
zum 70. Elfriede Rastig, Ursula von Schirmeister